

Die „Pöfener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 Mk. für die Stadt Pöfen, 5.45 Mk. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Postgeschäfte der Zeitungs- sowie alle Buchhändler des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 18. Oktober.

Inserats, die sechsfachspaltige Pettizelle oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 20 Pf., in der Abendausgabe 20 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890

Berlin, 17. Okt. Der König hat genehmigt, daß der Oberlandesgerichtsrath Tagg in Hamm in gleicher Amtseigenschaft an das Oberlandesgericht in Kiel versetzt werde.

Der König hat den Landgerichtsrath Brose in Kößlin zum Oberlandesgerichtsrath in Stettin, die Gerichtsassessoren Domke und Dethleffen, sowie den bisherigen Großherzoglich heffische Gerichtsassessor Dr. juris Mörlar zu Auditeuren, den Gerichtsassessor Ziegel in Berlin zum Amtsrichter in Sonnenburg, den Gerichtsassessor Schmieder in Magdeburg zum Amtsrichter in Elsterwerda, den Gerichtsassessor Thering in Karlskafen zum Amtsrichter in Lef, den Gerichtsassessor Dr. Engel in Homburg v. d. Höhe zum Amtsrichter in Frankfurt a. Main, den Gerichtsassessor Splinter in Berghelm zum Amtsrichter in Gemünd, und den Gerichtsassessor Wittweg in Kleve zum Amtsrichter in Montjoie ernannt; sowie dem Notar Nemy in Köln bei seinem Ausscheiden aus dem Dienst den Charakter als Justiz-Rath, und dem Gerichtsschreiber, Sekretär Freitag in Bielefeld den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Der Königliche Regierungs-Baumeister Bachem in Elbing ist zum Königlichen Kreis-Bauinspektor ernannt und demselben die Kreis-Bauinspektorstelle daselbst verliehen worden.

Dem Privatdozenten in der medizinischen Fakultät der Universität Berlin Dr. Mitscherlich ist das Präbikat „Professor“ beigelegt, der praktische Arzt Dr. med. Menger in Berlin zum Medizinal-Major bei dem Königl. Medizinal-Kollegium der Provinz Brandenburg, und der praktische Arzt Dr. med. Hirschfeld zu Briesen zum Kreis-Physikus des Kreises Gommern ernannt worden.

Der Rechtsanwalt Enk in Neuenburg W.-Pr. ist zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neuenburg W.-Pr., und der Rechtsanwält, Justiz-Rath Hufschke in Erfurt zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Naumburg a. S., mit Anweisung seines Wohnsitzes in Erfurt, ernannt worden.

Berlin, 17. October.

— Bei der Hochzeitsfeier des Obersten v. Bissing und der Gräfin Königsmarck auf Schloß Plauke brachte der Kaiser in Erwiderung der Begrüßung des Grafen v. Königsmarck einen Trinkspruch aus, der nach einem Bericht der „Deutsch. Warte“ folgendermaßen lautete:

„Ich spreche Ihnen meinen Dank für Ihre freundlichen und schönen Worte aus, namentlich dafür, daß es mir gestattet wurde, an diesem schönen Familienfeste theilzunehmen. Meine Vorfahren haben zuerst keine günstige Aufnahme in der Mart gefunden, aber sie haben sich den Gehorjam erzwingen, ohne den kein öffentliches Gemeindewesen bestehen kann. Dieser Gehorjam aber verwandelte sich bald in Hingebung und Treue und stellte ein schönes Band her zwischen den Trägern der Krone und den Edelsten der Nation. Aus diesen gingen die Offiziere der Armee hervor; die Söhne des Adels wurden die Träger der guten und edlen Gefinnungen im Heere. Wir befinden uns hier im Kreise einer guten mächtigen Familie, welche das Fest der Vermählung eines meiner besten Offiziere mit einem besten Sproß des Hauses feiert. Ich wünsche, daß dem Paare alles das in Erfüllung gehen möge, was es sich selbst wünscht, und hoffe, daß der Gemann ein ebenso tüchtiger Offizier bleiben wird, wie er es gewesen und daß die junge Frau für mein Regiment der Gardes du Corps eine gute, strenge und wohlthollende erste Dame des Regiments werden wird. In dem Sinne erhebe ich mein Glas und trinke auf das Wohl und Glück des Brautpaares. Das Brautpaar lebe hoch! Hoch! Hoch!“

— Die Bestätigung der Wiederwahl des Oberbürgermeisters v. Jordanbeck wird heute im „Reichsanzeiger“ amtlich veröffentlicht.

— Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, wird der Reichstommisſar Major v. Wißmann mit ſeinem Adjutanten Dr. Bumiller am 25. d. M. die Rückreiſe nach Oſt-Afrika antreten.

— Bezüglich des Jagdunfalles, von dem der Generaladjutant von Werder betroffen worden ist, werden von maßgebender Stelle folgende Mittheilungen gemacht:

Auf der fraglichen russischen Hosiagd wurde an dem Unglückstage nicht auf Nothwilt, sondern auf Schwarzwild geschossen und einer der sogenannten Sauposten traf den General am Knie. Der General behandelnde russische Arzt hat erklärt, daß die Kugel nicht mehr in der Wunde läge, wogegen der hiesige Hausarzt das Gegentheil behauptet. Die Heilung der Wunde, welche dem General beim Gebrauche des Fußes Schmerzen verursacht, geht nur langsam vor sich, doch legt ihr der Leidende selbst keine besorgniß-erregende Bedeutung bei. Der Schuß hätte sehr schlimme Folgen haben können, wenn der General auf ebener Erde gestanden hätte. Derselbe hatte seinen Stand auf einer sogenannten Jagdinsel, die sich etwa einen Meter über dem Erdboden erhebt. Die hiesigen Verwandten des Generals waren auf die russischen Nachrichten hin in großer Besorgniß, da sie direct keine Nachrichten erhielten und der Ort, in dessen Nähe die Jagd stattfand, weder Telegraph noch Nothverbindung hat.

— Etwas besser als durch den früher mitgetheilten Brief Frib-
häglers lassen sich die eigentlichen Ursachen des Unter-
ganges der Witu-Expedition künzel aus einem Schreiben
erkennen, welches der ermordete Siebenbürger Sachse, Drontke,
in den Anfängen der Schwierigkeiten an seinen Vater nach Her-
mannstadt richtete. Auch er meldet von einer Gährung unter der
Witu-Bevölkerung und schreibt u. a.: „Die Sklaven werden nicht
angestrengt und wenn wir während der Jagd auf die umliegenden
Schambos (Palm- und Ananasgärten) kamen, lungerten sie mei-
stens im Schatten. Die Behandlung der Sklaven soll auch durch

schittlich eine gute sein, und so ist das Bedürfniß nach Abschaffung der Sklaverei durchaus nicht vorhanden, im Gegentheil ist eine große Bewegung im Lande, welche sich gegen England und dessen Beschlüsse betreffs der Sklavenabschaffung richtet. Die Fährung im Lande ist eine so bedeutende, daß sich sogar die sonst gegen jetzt nicht gerne in nähere Berührung mit einander kommenden Suaheli und Araber zu gemeinsamem Waffengange gegen England verbinden wollen. Wir haben auch unter dieser allgemeinen Aufregung zu leiden gehabt. Ein Deutscher, Namens Kurt Doepfen, früher Vertreter der Deutschen Witu-Gesellschaft, ist durch eigenes Verschulden, durch ausschweifenden und lüderlichen Lebenswandel moralisch und finanziell derart heruntergekommen, daß er sich von einem Suaheliweibe ernähren läßt und auch demnächst zum Muhamedanismus überzutreten gedenkt, da ihm dieser Schritt mit einigen hundert Rupien belohnt wird. Schon früher suchte er die hiesigen übrigen deutschen Kolonisten, namentlich die Gebr. Denhardt, die seiner Zeit dem Sultan von Witu das ganze Küstengebiet abgekauft haben, arg zu schädigen. Auch jetzt wollte er Herrn Künzel entgegenarbeiten und iprenge das Gerücht aus, wir hätten Kanonen mit und wollten das Land für England erobern und die Sklaverei abschaffen. Dieses Gerücht fand in Mumbi schnell Glauben, und am 9. d. Mts., Morgens 8 Uhr, wollten die Bewohner des Dorfes und die hier anwesenden Askari (Soldaten) des Sultans von Witu uns angreifen. Das Kriegsgeschorn wurde gelassen, die Jüngeren hielten einen Waffentanz ab, während die Älteren sich durch ein Schauri (Unterhaltung) auf den Krieg vorbereiteten.“ . . . Der übrige Inhalt dieses Briefes deckt sich mit den schon bekannten Thatfachen.

Vierter Tag. (Schluß.)

(Nachdruck verboten.)

h. f. Halle, 16. Oktober, Abends.

In der heutigen Nachmittags-Sitzung theilte Abg. Singer mit, daß unter den vielen dem Kongreß zugegangenen Zuschriften auch eine solche von der Heilarmee aus London eingegangen sei. (Weiterfeit.)

Den folgenden Verhandlungsgegenstand bildete: die Stellung der Partei zu Streiks und Boykotts. Refer. K l o p f (Stuttgart): Die unzulänglichen Löhne machen vielfach Strikes nothwendig. Diejenigen, die den Arbeitern das Sparen empfehlen und ihnen sagen, daß sie sich nach der Deke strecken müssen, vergessen, daß durch die allzugroße Bedürfnislosigkeit der Arbeiter der Absatz der Produkte eine wesentliche Einschränkung erfahren müsse. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß in den letzten Jahren eine Ueberhandnahme der Strikes stattgefunden hat. Es sollte niemals außer Acht gelassen werden, daß jeder Strike eine zweischneidige Waffe ist, deshalb sollte man niemals einen Strike ohne genügende Vorbereitung unternehmen. Der Zuzug, Mangel an Unterstützung, Indifferentismus u. s. w., haben vielfach das Scheitern der Strikes veranlaßt. Allein der Umstand, daß vielfach Strikes zu Ungunsten der Arbeiter ausgefallen sind, kann uns selbstverständlich nicht veranlassen, die Strikes zu verurtheilen. Es ist nur Pflicht des Parteitages, dafür zu wirken, daß kein Strike ohne genügende Vorbereitung unternommen wird. Deshalb müssen wir darauf bedacht sein, die fachgewerbliche Organisation möglichst zu fördern. Bedauerlich ist es, daß viele Genossen die fachgewerbliche Organisation angreifen. Diese Genossen vergessen, daß eine sehr große Anzahl von Arbeitern durch die fachgewerbliche Organisation der Partei zugeführt worden sind. Es liegt in der Natur der Dinge, daß sich die indifferenten Arbeiter leichter der fachgewerblichen als der politischen Organisation anschließen. Das Hemd ist jedem Menschen bekanntlich näher als der Rock. Wäre die fachgewerbliche Organisation in früheren Jahren mehr gefördert worden, dann hätten wir zweifellos schon bei den Reichstagswahlen 1887 größere Erfolge erzielt. Der Redner befürwortete schließlich die Annahme folgender Resolution:

„Der Parteitag erklärt, unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herabzudrücken, sind Streiks und auch Boykotts, eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse, einmal um die auf ihre materielle und politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückweisen, dann aber auch, um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.“

Da aber Streiks und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die, am unrechten Orte und zu un rechter Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterklassen mehr schädigen als fördern können, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen; insbesondere betrachtet es der Parteitag als eine zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisiert und zwar möglichst in centralistischen Verbänden, um sowohl durch die Wucht der Zahl, wie die Wucht der materiellen Mittel und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können.

Der Parteitag, von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt allen Parteigenossen kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Zugleich protestirt der Parteitag gegen die erneuten Verjuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, den in Deutschland vorhandenen Keß des Koalitionsrechts durch die reaktionären Bestrebungen in der Novelle zur Gewerbe-Ordnung vollends zu vernichten und beauftragt die parlamentarischen Vertreter der Partei, diese Verjuche mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und dafür einzutreten, daß volle Koalitions- und Vereinigungs-Freiheit, diese Grundlage für die Kämpfer der Arbeiterklasse zur Erreichung besserer Existenzbedingungen, erreicht werde.

Abg. von Gotha: Ich erkläre mich im Allgemeinen mit dem Referenten einverstanden, allein die Gewerkschaftsbewegung würde eine arge Schädigung erfahren, wenn man von jedem Gewerk-

schäftsmitglieder fordern wollte, daß dasselbe sich der Partei anschließen müsse. Sache der Leiter der Gewerkschaftsbewegung ist es, dafür zu sorgen, daß die Bewegung nicht verpumpt und daß die Gewerkschaftsmitglieder der Partei zugeführt werden. Die Gewerkschaftspressen kann im Uebrigen auch sehr viel thun, daß die Gewerkschaftsmitglieder nicht bei den Gewerkschaftsbestrebungen stehen bleiben. — Lenz (Remscheid): Ich muß bemerken, daß wir ganz besonders dafür wirken müssen, daß überreizte Strikes unterbleiben. So sind zum Beispiel die Strikes der Bauarbeiter in Berlin und Hamburg nicht bloß zum Schaden der Streikenden ausgefallen, sie haben auch der Gesamtpartei geschadet, da nicht gelehnet werden kann, daß die von den Streikenden gestellten Forderungen unberechtigt waren, (lebhafter Widerspruch). — Horn (Dresden): Der Parteitag könne sich mit den Ausführungen des Vorredners doch nicht einverstanden erklären, die Bauarbeiter in Hamburg und Berlin seien jedenfalls durch die Verhältnisse gezwungen gewesen, den Strike zu unternehmen.

Abg. Mollenhuth: Er könne sich auch mit den Ausführungen des Genossen Lenz ebenfalls nicht einverstanden erklären, denn die Arbeiter haben doch wohl das Recht, ihre Waare, Arbeit, so hoch als möglich zu verkaufen. Zu verurtheilen sei, durch Boykotts Leute zu zwingen, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, man fördere dadurch nur die politische Heuchelei.

Stadtu. Zubeil (Berlin): Ermüsse sich ganz entschieden gegen die Ausführungen des Genossen Lenz erklären, dieser Genosse scheine die großstädtischen Verhältnisse nicht zu kennen, sonst würde er die Forderungen der Berliner und Hamburger Bauarbeiter nicht als unberechtigt bezeichnet haben. Bedauerlich sei es nur, daß die Bemerkung des Genossen Lenz von den Gegnern wieder ausbeutet werden dürften. Weber der Berliner noch der Hamburger Bauarbeiter-Strike sei leichtsinnig unternommen worden. In diesem Sinne äußerten sich Wilke (Braunschweig), Zigarrenhändler Wilsch (Berlin) u. A. — Expedient Glöde (Berlin) und Genossen stellten folgenden Antrag: „In Erwägung, daß in Folge unserer kapitalistischen Produktionsweise der ökonomische Kampf zwischen Arbeit und Kapital immer schärfere Formen annimmt und Angesichts der ablehnenden Haltung der Regierungen gegenüber der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiterchutz-Gesetze, ist es eine Nothwendigkeit, einen Kampf der Arbeiter zu organisiren. Die geeignetste Form dieser Organisation ist der gemeinschaftliche. Der Parteitag ersucht deshalb die Partei-Genossen, allerorts den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen sich anzuschließen und, wo solche nicht vorhanden sind, ins Leben zu rufen. — Der Korreferent Abg. Grillenberger empfahl die Annahme der Resolution, die er in Gemeinschaft mit dem Referenten gestellt habe. Selbstverständlich sei, ehe man einen Strike unternehme, die größte Vorsicht geboten. Allein andererseits seien Strikes und Boykotts, angesichts der heutigen ökonomischen Lage nicht zu vermeiden, ja die selben dürften in Zukunft vielleicht öfters vorkommen, als es der Partei lieb sein dürfte. Die Arbeiter seien leider genöthigt, behufs Erzielung besserer Arbeitsbedingungen oftmals zum Strike zu greifen. Aber auch Boykotts seien erforderlich, wenn es sich um eine Saalverweigerung für eine Versammlung, oder darum handle, den Uebermuth der Unternehmer zu brechen. Allein nicht zu empfehlen sei, die Boykotts ins geschäftliche Leben einzuführen. Ganz besonders müsse man sich vor Boykotts hüten, von denen man sich sagen müsse, daß sie praktisch nicht auszuführen seien. Als im vergangenen Sommer in Berlin der Bierboykott beschlossen wurde, da sagten die Arbeiter der anderen Orte sofort: Es sei unmöglich, diesen Boykott mit Erfolg durchzuführen. Im Uebrigen gebiete es die gesammte ökonomische Lage, die Arbeiter zum Kampfe gegen das bereits fest koallirte Unternehmertum zu organisiren. Es werde sich in Zukunft nicht bloß um zentralisirte Gewerkschaften handeln, sondern es werde nothwendig werden, die Arbeiter in große Unionsverbände, wie sie bereits in England bestehen, zu organisiren. Die einzelnen Fach-Organisationen werden als Sektionen sich diesen Unionsverbänden anzuschließen haben. Er ersuche daher, die von ihm und Kloss vorgeschlagene Resolution nicht bloß anzunehmen, sondern auch in der Heimath dafür zu wirken, daß im Geiste dieser Resolution gehandelt werde. (Stürmischer Beifall.) — Hierauf gelangten beide Resolutionen zur Annahme und wurde nunmehr die Sitzung gegen 6 Uhr Abends auf morgen (Freitag) Vormittags 9 Uhr vertagt.

Militärisches.

F. Personalveränderungen im V. Armeekorps: Vogt, Proviantamts-Assistent in Saverin, als Proviantamtskontroleur auf Probe nach Posen veretzt; der Militär-Anwärter Oberländer in Posen als Kasernen-Inspettor angestellt; Krause, Proviantamts-Assistent in Posen, als Proviantamtskontroleur auf Probe nach Karlsruhe veretzt; Graewe, Militär-Anwärter, als Kasernen-Inspettor in Posen angestellt; Sewede, Lazareth-Inspettor auf Probe in Posen, zum Lazareth-Inspettor ernannt; Kemus, vom 3. Bat. Inf.-Regts. Freiherr Hiller von Gaertingen (4. Posen.) Nr. 59, zur 3. Abtheilung des Feld-Art.-Regts. von Bobbielski (Niederichl.) Nr. 5, Hauschild vom 2. Bat. Niederichl. Fuß-Art.-Regts. Nr. 5, zur 4. Abtheilung des Posen. Feld-Art.-Regts. Nr. 20 veretzt.

Totales.

Wien, den 18. October.

* **Ordensverleihung.** Dem Rentmeister, Rechnungsrathe Meyer zu Kolmar i. B. ist der Rothe Adlerorden IV. Klasse verliehen worden.

d. **Zur Sprachenfrage.** In Westpreußen macht gegenwärtig die polnische Presse der katholischen Geistlichkeit bekanntlich den Vorwurf, daß sie die polnische Bevölkerung zu germanisiren bestrebt sei. Daß aber von polnischer Seite selbst der deutschen Sprache bei mancherlei Gelegenheiten der Vorrang eingeräumt wird, geht recht deutlich aus einer Mittheilung hervor, welche dem „*Diennik Pożnanski*“ aus Thorn zugegangen ist. In den letzten Wochen wurden danach dort Vorstellungen in Art von Passionsschauspielen, bestehend aus lebenden Bildern, Gesängen und De-

